Der Briesetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 RM. zuzüglich Bestellgebühr. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briesetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofs-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die neungespaltene Petitzeile kostet 25 Pfennig, die Reklamezeile 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

für Bergfelde, Schönfließ Frohnau, Summt und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005

Telegr.-Adr.: Briesetalbote Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 145 | Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005 | Sonntag, den 14. September 1930 | Postscheckkonto Berlin 62 448 | 29. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Verbot des Ausschanks von Branntwein und des Verkaufs von Trinkbranntwein am Sonntag, dem 14. September 1930.

Auf Grund des Schankstättengesetzes vom 28. April 1930 hat der preußische Minister des Innern am 16. August 1930 angeordnet, daß anläßlich der Wahlen zum Reichstage der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein für den 14. September 1930 verboten ist.

Birkenwerder, den 12. September 1930.

Der Amtsvorsteher. Blank.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Die Gräber der 1900 Verstorbenen müssen eingeebnet werden. Rückkauf-Meldungen werden bis zum 1. Oktober d. Js. erbeten.

Birkenwerder, den 13. September 1930.

Der Gemeindevorsteher. Friedhofsverwaltung. Blank.

Die Grundvermögens- und Hauszinssteuern für den Monat September d. Js. sind bis zum 15. d. Mts. in der hiesigen Gemeindekasse zu zahlen.

Birkenwerder, den 13. September 1930.

Der Gemeindevorsteher. Blank.

Der Gemeindevorsteher Schönfließ.

Die nächste Säuglingsfürsorgesprechstunde findet am Dienstag, dem 16. September d. Js., in Mühlenbeck, Gemeindebüro, von 1/3—1/4 Uhr nachmittags statt.

Schönfließ, den 13. September 1930.

Der Gemeindevorsteher. Lemcke.

Die „Zähringen" auf Grund gesetzt

Kiel, 13. September.

Den ganzen Tag über wälzte sich von der noch immer brennenden „Zähringen" über den Hafen ein beizender, weißlicher Rauch, der das Schiff selbst vollständig einhüllte. Die Rauchschwaden waren so dicht, daß Hafendampfer, die die rauchvernebelte Zone passieren mußten, für Minuten völlig darin verschwanden. Die Feuerwehr, die mit einem Löschboot und vier Motorspritzen seit fast 20 Stunden arbeitet, konnte in unermüdlicher, durch den atembeklemmenden Rauch erschwerter Tätigkeit zwar die Ausdehnung des Feuers verhindern, **die völlige Löschung war aber nur dadurch zu erreichen, daß man das Schiff auf Grund setzte.** Der Röhrenpanzer wurde mit Sauerstoffgebläse durchschnitten und so große Wassermengen in das Schiff geleitet, daß dieses langsam zu sinken begann. Nur auf diesem Wege war es möglich, den in der Korkpolsterung des Schiffes schwelenden Brand zu löschen.

Die Diktatur in Polen

Warschau, 13. September.

Durch Verfügung des Innenministeriums sind für den kommenden Sonntag für ganz Ostoberschlesien alle öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen unter freiem Himmel untersagt worden. Besondere Ueberwachungsmaßregeln werden für die kommunistische Bewegung getroffen. So stehen die beiden kommunistischen Abgeordneten des Schlesischen Sejms unter ständiger Polizeiaufsicht.

Der polnische sozialistische Abgeordnete des Warschauer Sejms, Stanczyk, wurde in Sosnowice verhaftet. Stanczyk ist Führer des Sozialistischen Zentralverbandes der Bergarbeiter des Zentralreviers Dombrowa und Krakau.

Die Verteidigung der Sejm-Abgeordneten

Die Rechtsanwaltskammer hat zur Verteidigung der verhafteten Abgeordneten mit dem Vorsitzenden der Kammer, Nowodworski, an der Spitze gebildet. Der Staatsanwalt hat den Verteidigern mitgeteilt, daß die Verhafteten sich in der Festung Brest-Litowsk befinden. In Warschau, Krakau, Lemberg und Tarnow fanden kleinere Demonstrationen gegen die Verhaftungen statt, die von der Polizei leicht zerstreut wurden.

Der angeblich von den Sozialisten gefaßte Beschluß, für heute einen Proteststreik zu erklären, ist nicht zur Ausführung gekommen.

Die deutsche Delegation wählt in Lörrach.

Reichsaußenminister Dr. Curtius und die deutsche Delegation werden ihrer Wahlpflicht am Sonntag in Lörrach genügen. Die deutsche Delegation verläßt morgens Genf und wird abends wieder zurück sein. Die in einigen Blättern geäußerte Annahme, daß die deutsche Delegation ihre Wahlpflicht auf dem hiesigen Generalkonsulat ausüben könne, trifft insofern nicht zu, das Generalkonsulat ist nicht exterritorial.

Zwei Friedens-Nobelpreise.

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, sollen zu den diesjährigen Kandidaten für den Friedens-Nobelpreis der frühere amerikanische Staatssekretär Kellogg, der Vater des Kriegsächtungspaktes, und Jane Addams, die Gründerin des Hull-Hauses in Chicago gehören.

Keine Fortschritte

Blokland über die Tätigkeit des Völkerbundes.

Genf, 12. September.

In der Vollversammlung des Völkerbundes sprach als erster Redner der holländische Außenminister Beelaerts van Blokland,

der die Tätigkeit des Völkerbundes einer knappen Kritik unterzog und zusammenfassend feststellte, daß auf den verschiedensten Gebieten, insbesondere dem der Abrüstung, keine Fortschritte zu verzeichnen seien.

Auf die europäische Frage eingehend erklärte er, daß, welches auch das Ergebnis der Beratungen sein möge, die europäische Zusammenarbeit so gestaltet werden müsse, daß die Interessen der einzelnen Staaten mit denen der Allgemeinheit zusammenfallen. Durch

die Befriedung der Minderheiten

würde der Völkerbund wirksam zur internationalen Entspannung beitragen. Er schloß mit einer eindrucksvollen Paraphrase des Artikels 19 der Völkerbundssatzung, der bestimmt,

daß unanwendbar gewordene Verträge und Situationen, die den Frieden der Welt gefährden, von Zeit zu Zeit einer Nachprüfung unterzogen werden sollen.

Auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen, so erklärte er, hätte man diesen Artikel wahrscheinlich so formuliert, daß unanwendbar gewordene Nationalismen und wirtschaftliche Auffassungen, die den Frieden der Welt gefährden, revidiert werden müssen.

Die Meistbegünstigungsklausel

Der dänische Außenminister Munch brachte in seiner Rede im Namen der Regierungen der Niederlande, Schwedens, Lettlands, Finnlands, Norwegens, der Schweiz, Estlands und Dänemarks den Antrag ein, daß die Völkerbundsversammlung angesichts der Meinungsverschiedenheiten über die Meistbegünstigungsklausel, den Rat auffordern möge, zu prüfen, wie die seit längerer Zeit vom Völkerbund begonnene Arbeit zur Herbeiführung einer internationalen Regelung der Frage der Meistbegünstigungsklausel beschleunigt werden könnte.

Der dänische Außenminister ging im weiteren Verlauf seiner Ausführungen auf die Abrüstungsfrage ein.

Er begrüßte schließlich die Fortschritte der moralischen Abrüstung der Völker und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß auf dem Gebiete der Erziehung der kommenden Generation im Geiste des Friedens gerade

in den Ländern der beiden großen Förderer der Friedensarbeit des Völkerbundes, Stresemanns und Briands, in den letzten Jahren sehr Großes geleistet worden sei.

Der südafrikanische Premierminister

General Hertzog

legte hierauf die Einstellung seines Landes zum Völkerbund dar, indem er auf die besonderen wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse Südafrikas verwies, die oft eine Ratifizierung der im wesentlichen auf die Bedürfnisse der europäischen Staaten zugeschnittenen Konventionen erschwerten. Er gab die Versicherung ab, daß sein Land keine Befugnis oder tatsächliche Gewalt entgegen den Bestimmungen des Mandats ausüben werde.

Zum Schluß gab er der Besorgnis Südafrikas über die wachsenden Rüstungen Europas Ausdruck und schloß sich voll und ganz den Erklärungen Hendersons über die notwendige Angleichung des Kellogg-Paktes an die Völkerbundssatzung an.

Als letzter Redner sprach der erste Delegierte Kubas, Crestes Ferrara, der die Frage der Europäischen Union vom Standpunkt der Lateinamerika-Staaten beleuchtete und zum Ausdruck brachte, daß Lateinamerika die europäischen Einigungsbestrebungen mit großem Interesse verfolgt.

Schober über den Europa-Plan

Oesterreichs Wille zur Wirtschaftsverständigung.

Genf, 13. September.

In der Nachmittagssitzung der Völkerbundsversammlung wurde die allgemeine Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs fortgesetzt. Als erster Redner sprach der belgische Außenminister Hymans, der sich der europäischen Frage zuwandte. Hierauf nahm der österreichische Bundeskanzler Dr. Schober das Wort, der das Thema der europäischen Einigungsbestrebungen insbesondere vom wirtschaftlichen Standpunkt aus behandelte. Die österreichische Regierung habe die Initiative des französischen Außenministers mit aufrichtiger Genugtuung begrüßt. Nach Ansicht der österreichischen Regierung sollte es mit neuen Methoden, wenn sie nicht jetzt schon auf ganz Europa angewendet werden können, zuerst dort versucht werden, wo gleichartige Verhältnisse und einander ergänzende Bedürfnisse dazu drängen.

Dieser Weg, den ich den organischen und synthetischen nennen möchte, scheint mir ungleich mehr Aussichten auf nahen Erfolg zu haben.

Inzwischen haben mehrere unserer Nachbarstaaten sich dazu entschlossen, neue Wege zu gehen. Die Vereinbarungen zwischen den östlichen Agrarexportstaaten und ihren engeren Nachbarn bilden ein Beispiel der wirtschaftlichen Verständigung. Oesterreich ist unter Umständen bereit, an solchen Verhandlungen teilzunehmen in der Erwartung, daß sich daraus für alle beteiligten Staaten eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Situation und zugleich für ganz Europa der Ausgangspunkt und die Grundlage für die Verwirklichung der Grundidee des Herrn Briand ergeben wird.

Nach Dr. Schober sprachen noch die Vertreter Schwedens und Spaniens. Der schwedische Außenminister, Baron Ramel, sprach insbesondere über die wirtschaftliche Tätigkeit des Völkerbundes.

Er wandte sich gegen die von einigen Staaten in der letzten Zeit vorgenommenen Zollerhöhungen, die, wie bei anderen Staaten, leicht Gegenmaßnahmen auslösen könnten.

Der spanische Delegierte Quinones de Leon teilte mit, daß Spanien sich entschlossen habe, der Generalakte über die Schiedsgerichtsbarkeit beizutreten. Der Initiative Briands zur Schaffung einer engeren Zusammenarbeit der Völker Europas stehe Spanien mit voller Sympathie gegenüber.

Interview des Reichsaußenministers

Der Sonderberichterstatter der Wiener „Neuen Freien Presse" in Genf hatte eine Unterredung mit Reichsaußenminister Dr. Curtius, der sich zu der von Bundeskanzler Dr. Schober in der Vollversammlung des Völkerbundes gehaltenen Rede u. a. folgendermaßen äußerte: Ich habe die Rede Dr. Schobers mit allergrößtem Interesse verfolgt. Niemand war authorifierter als er, gerade über das wirtschaftliche Problem zu sprechen.

Besonderes Interesse verdienen naturgemäß die Ausführungen des Bundeskanzlers über den von ihm angezeigten Weg zu Paneuropa: Zunächst Zusammenfassung der wirtschaftlichen Interessen, und zwar zwischen den großen Märkten der Agrarproduktion und der Industrieproduktion.

Ich werde Gelegenheit haben, in meiner eigenen Rede hier anzuknüpfen und den Faden weiterzuspinnen. Ich weiß, daß Oesterreich und Deutschland, wie auf anderen Gebieten, so gerade auch auf diesem Hand in Hand gehen können und miteinander Hand in Hand gehen werden. Ich habe den größten Wert darauf gelegt, mit dem Bundeskanzler alsbald in Genf zu sprechen. Ich habe die Freude, daß bei dieser Gelegenheit der Herr Bundeskanzler seinen schon früher ausgedrückten Wunsch erneuert hat, mich so bald wie möglich in Wien zu sehen. Ich freue mich, die lange hinausgeschobene Gelegenheit benutzen zu können, um in herzlichem, vertrauensvollem Gedankenaustausch meine Kenntnisse, meine Erfahrungen und meine Liebe zu dem Brudervolk vertiefen zu können.

Calonder soll weiter amtieren

Auf einstimmigen Wunsch des Rates.

Genf, 13. September.

In Völkerbundskreisen besteht allgemein der Wunsch, daß der bisherige Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, der bekanntlich aus persönlichen Gründen sein Abschiedsgesuch beim Völkerbund eingereicht hatte, sein Amt weiterführen möge.

Das allgemeine Vertrauen, das Calonder sich durch seine objektive Amtsführung im früheren Abstimmungsgebiet erworben hat, kommt darin zum Ausdruck, daß Reichsaußenminister Dr. Curtius und der polnische Außenminister Zaleski ein gemeinsames Schreiben an den Völkerbundsrat gerichtet haben, worin dieser ersucht wird, Calonder um Fortsetzung seiner Tätigkeit zu bitten.

Kundgebungen gegen Italien

Prag, 13. September

Die Erregung in der tschechischen Oeffentlichkeit und Presse über die in Triest erfolgten Hinrichtungen dauert an. Die Polizei hat in Prag eine Reihe angekündigter Protestversammlungen verboten, da Uebergriffe gegen die italienische Gesandschaft befürchtet wurden. **Trotzdem ist es nachts vor dem Gebäude dieser Gesandtschaft zu Kundgebungen gekommen. Die Polizeiwache vermochte Steinwürfe gegen die Gebäude nicht zu verhindern, durch die einige Fensterscheiben zertrümmert wurden.** Die Proteste des italienischen Gesandten gegen die Tonart der tschechischen Presse werden in den Blättern vielfach als unbegründete Einmischung in die Pressefreiheit abgelehnt. Uebrigens hat Minister Dr. Krofta, der, wie gemldet, dem Gesandten Podrazzi das Bedauern über die scharfe Sprache eines Teiles der tschechoslowakischen Presse ausgesprochen hat.